

85. Sitzung des Bundesrates vom 23. Dezember 1952.Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.Abwesend: Niemand.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.Beginn: 09.00 Uhr.Schluss: 11.10 Uhr.Beziehungen zu Ostdeutschland.

Herr Petitpierre: In letzten Wochen hat sich Stellung unserer Delegation gebessert. Sie konnte in der Ostzone arbeiten und speziell Lebensmittel an unsere Landsleute abgeben. Motiv für diese Besserung: Ostdeutschland möchte in Zürich eine private Organisation einrichten, die Handel treibt. In diesem Falle würde unsere Delegation nur den Charakter einer Handelsorganisation haben. Wenn wir die Schaffung einer offiziellen Handelsdelegation in Zürich gestatten würden, dann hätte unsere Delegation die Möglichkeit, unsere Landsleute weiter zu betreuen. Schaffung einer solchen Delegation in Zürich würde aber Schwierigkeiten mit den Westmächten und mit Bonn bringen. Wenn keine der beiden Lösungen möglich sein sollte, würde unsere Delegation geschlossen. Wir müssten dann unsere Landsleute in Ostdeutschland opfern. Werde Frage noch weiter prüfen, möchte aber heute schon Auffassung des Bundesrates kennen.

Herr Etter: Wie stark sind unsere wirtschaftlichen Beziehungen? Ich fürchte, das ganze ist nur eine Tarnung und man will eigentlich ein Propagandainstrument schaffen. Es fragt sich auch, ob unsere Vertretung den Landsleuten wesentliche Hilfe bringen kann. Ich möchte ja sagen zur ersten Lösung, wenn sowohl ein handelspolitisches Interesse bestehen würde als auch den Landsleuten in Ostdeutschland geholfen werden könnte.

Herr Rubattel: Die Handelsbeziehungen sind reduziert auf sehr wenig. Fürchte Konsequenzen politischer Art. Wäre eher für gar keine solche Organisation oder dann bestenfalls für mittlere Lösung mit privater Handelsorganisation.

Herr Escher: Schwerwiegender Entscheid, die Landsleute ihrem Schicksal zu überlassen. Wenn wir etwas tun könnten für sie, sollten wir es machen. Ankunft einer ostdeutschen Delegation würde von unserem Volke wohl nicht gut aufgenommen.

Herr Feldmann: An der Konferenz mit Vertretern der Auslandsschweizerkolonien hat Vertreter der Schweizer in Ostdeutschland gebeten, wir sollen sie nicht im Stiche lassen. Trotzdem dürfen wir die politischen Tatsachen nicht übersehen. Es gibt heute keine privatwirtschaftliche Handelsmission. Ostdeutschlands sowenig wir irgend eine privatwirtschaftliche Führung. Sollen wir noch weitere Fiktionen annehmen. Man wird in unserem Volke den Eindruck haben, dass man uns hinters Licht geführt hat. Vorläufig bin ich der Meinung, dass die Nachteile einer solchen "privaten" Handelsmission die Vorteile überwiegen.

Herr Weber: Wegen unseren Landsleuten und aus wirtschaftlichen Gründen müssen wir gewisse Beziehungen zu Ostdeutschland pflegen. Es stellt sich die Frage, wie weit wir in der Anerkennung der Teilung

Deutschlands gehen können. Diese private Handelsmission wird natürlich nur vom Staate aus geschickt. Glaube nicht, dass wir ablehnen sollten, solange uns von der anderen Seite keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Herr Bundespräsident: Es handelt sich um den ersten Schritt für eine Vertretung Ostdeutschlands in der Schweiz, daher Vorsicht!

Herr Petitpierre: Wirtschaftlich kein grosses Interesse. Wir müssen wählen zwischen dem Interesse an der Betreuung unserer Landsleute in Ostdeutschland und den Unannehmlichkeiten, die solche Abmachungen mit Ostdeutschland uns bei Westmächten bringen könnten.

Herr Bundespräsident: Was kann unsere Delegation für unsere Leute tun?

Herr Petitpierre: Wir konnten reichlich Lebensmittel liefern, Pässe abgeben und den Kindern Ferien in der Schweiz verschaffen.

Kredit für das Rote Kreuz. Medikamente für Bevölkerung in Korea.

Herr Petitpierre: Das Internat. Rote Kreuz will diese Medikamente verwenden für eine Aktion in den Gefängnissen von Südkorea. Es würde sich um eine Aenderung des Bestimmungszweckes handeln.

Alle einverstanden.

Beobachter für den Waffenstillstand in Korea.

Herr Petitpierre: Angelegenheit immer noch in Schwebel. Stehen immer in Kontakt mit Schweden. Z.Zt. sollte nach Auffassung von Herrn ~~Wunder~~ keine Demarche gemacht werden bei USA.

Herr Bundespräsident: Wahrscheinlich, dass kein Waffenstillstand sondern neue Offensive. Wacker kann nur im Winter gehen. Als Ersatz Oberstdiv. R. ~~chner~~.

Missgriff des Radio Monte Ceneri.

Herr Escher: Herr Bezençon erklärt, er habe erst etwas erfahren, als er Programm hatte. Er hätte Teile herauschneiden lassen. Aufnahme wurde in Mailand gemacht und dann an unserem Radio wiedergegeben.

Herr Feldmann: Die ausländ. Reden in der Schweiz unterstehen dem Bundesratsbeschluss. Auch die Verbreitung einer im Ausland gehaltenen Rede durch das Radio fällt m.E. darunter. Will es noch genau prüfen.

Hovag Ems/Lonza.

Herr Escher: Sache wird immer hinausgeschoben, ohne dass man einmal Problem diskutiert. Das letzte Mal hiess es, es gäbe noch ein Gutachten Walther. Schlüsse sollen bekannt sein, aber die Motivierung ist noch nicht fertig. Staatsrat Wallis hat Antwort auf bestimmte Fragen verlangt. Inzwischen ist das Gutachten von Professor Keller erschienen. Das hat Staub aufgeworfen. Wenn das Problem Schiene/Strasse angeschnitten wird, fragt man mich immer, wie ist es mit dem Beimischungszwang. Am letzten Samstag ist in Genf an der Verwaltungsratssitzung des Touringklubs Bombe geplatzt. Ganze Presse war vertreten, auch zahlreiche Funktionäre des Bundes. Resolution von Genf war das Resultat. Dadurch

die Koordination Schiene/Strasse gefährdet. Wegen Lonza und Luzern wird das Gutachten Keller viele Schwierigkeiten bringen. Wieder wird die Verwaltung auf der Anklagebank sitzen. Die Holzverzuckerung ist mit Bundesmitteln in die Wege geleitet worden. Der Spirit wird zu Preisen übernommen, die über dem Weltmarktpreis liegen. 90 Millionen Franken sind damit eingebracht worden und alles Geld ist in Ems investiert. Alles abgeschrieben. Bedeutende Summen sind für Forschung investiert. Man ist vom ursprünglichen Zweck, das Bündner Holz zu verwerten abgekommen und verwertet Holz aus ganzer Schweiz und aus dem Ausland. Bund hat Ueberwachungskommission mit Nationalrat Grimm an der Spitze eingesetzt. Diese Kommission hat versagt. Dir. Zipfel hat in Genf für Beibehaltung des Beimischungszwanges plädiert. In dieser Versammlung ist auch Herr Dr. Ruckli als Referent aufgetreten. Er hat Stellung genommen gegen die Bestrebungen des PED und erklärt, dass Automobilisten heute zu viel leisten müssen. Die Erklärung steht auch im Gegensatz zur Auffassung des FuZ. Ohne dass Bundesrat je Stellung zur Frage genommen hat, geben hohe Beamte Erklärungen ab. Wie sollen wir jetzt mit den Leuten weiter verhandeln? Es artet in eine politische Angelegenheit aus.

Werde Text zu Pressecommuniqué ausarbeiten lassen, worin wir uns vor Erklärung Ruckli distanzieren.

Herr Weber: Wir sollten heute nicht auf Grund dieser Pressemeldung diskutieren. Prof. Walther hat erklärt, das Gutachten werde im Januar eingehen. Das sog. Gutachten Keller wurde im Auftrage der Strassenverbände gemacht. Man könnte es schon den Mitgliedern des Bundesrates zustellen. Die Sitzung des Touringklubs ist aufgezo-gen worden auf Grund dieses Gutachtens. Verträge mit Ems gehen bis 1956. Sie müssen ab 55 neu geregelt werden. Meili hat in Genf schlecht gesprochen. Es liegt auch ein Protest der Bündner Regierung vor gegen Gutachten Keller und die Beschlüsse des Touringklubs.

Herr Etter: Ich habe mich auch etwas aufgehalten über die Ausführungen von Herrn Ruckli. Ich werde ihm bedeuten, sich etwas vorsichtiger zu benehmen.

Herr Bundespräsident: Wir können den Bundeshausjournalisten sagen, dass diese Leute nicht den offiziellen Standpunkt vertreten haben.

Swissair, Kriegsgewinnsteuer, Erlassgesuch:

Herr Escher: Habe Abschrift erhalten von einem Schreiben der Finanzdelegation beider Räte. Es scheint mir Zwängerei vorzuliegen. Man stellt sich auf den Standpunkt, dass es sich um Korrektur eines Entscheldes der Erlasskommission handelt.

S.Zt. wurde die Eingabe für vollständigen Erlass vom Luftamt befürwortet. Finanzverwaltung war einverstanden. Wir hörten nichts mehr von der Angelegenheit und meinten, es sei alles erledigt. Nach Angabe der Swissair hat die Steuerverwaltung das Erlassgesuch von 1948 erst 1950 wieder aufgegriffen. Bei Sanierung hat man an diesen Fall nicht gedacht, sonst hätte man ihn bestimmt berücksichtigt.

Herr Weber: Rechtlich ist Sache abgeklärt. JuP hat festgestellt, dass BR kein Recht hat, Entschelde der Erlasskommission abzuändern. Bei Sanierung haben Räte nicht beschlossen, auf Steuer zu verzichten. Wenn wir an unserem Beschluss festhalten, kommt Sache im Parlament zur Sprache, was für Swissair unangenehm.

Herr Bundespräsident: Wir haben einen Beschluss gefasst, an dem wir festhalten sollten.

Herr Etter: Festhalten.

Herr Petitpierre: Festhalten. Standpunkt Weber entspricht dem Recht, aber er trägt dem Umstande keine Rechnung, dass bei Sanierung der Swissair eine Nachlässigkeit passiert ist. Damals hätten alle auf die Kriegsgewinnsteuer in erster Linie verzichtet. Bundesrat hat das Recht, einen Kompromiss zu suchen. Wir sollten im Brief an die Finanzdelegation an unserm Standpunkt festhalten.

Herr Rubattel: Festhalten.

Herr Feldmann: Das JuP betrachtet das Verfahren vor dem Bundesrat als nicht zulässig.

Es wird beschlossen, das vorgelegte Schreiben an die Finanzdelegation weiterzuleiten.

Abstimmungsdatum für Postverkehrsgesetz.

Herr Escher: Beabsichtige den 19. April 1953 vorzuschlagen.

Beschluss: BK soll die Kantone anfragen, welche Daten wegen der Zentenarfeiern und andern Veranstaltungen nicht konvenieren.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept.	<u>Plainte du ressortissant suisse P. Haggenmacher.</u> <u>Beförderungen in die 3. & 4. Lohnklasse.</u> <u>Ernennung Ernst Theiler als Konsul in New Orleans.</u> <u>Action du secours en Corée.</u>
Dept. des Innern	<u>Landesmuseum. Prof. Dr. E. Vogt, Wahl als Vizedirektor.</u> <u>Abänderung des BG über Jagd und Vogelschutz.</u>
Justiz & Polizeidept.	<u>Verwaltungsbeschwerde Armand Gusthiot, Bière.</u> <u>Verwaltungsbeschwerde W. Grüniger & Co., Flums.</u>

Herr Bundespräsident: Es besteht eine Differenz zwischen JuP und EVD.

Herr Feldmann: Hier ist Grundsatz "ne bis in idem" zu beachten. Dem Entzug des Zusatzkontingentes kommt der Charakter einer Strafe zu. Wenn die Voraussetzungen objektiv gegeben, hat man Rechtsanspruch.

Herr Rubattel: Diese Fälle kommen daher, dass diese Kontingente noch nicht revidiert worden sind. Revision drängt sich auf. Es gab schon verschiedene Demarchen von Parlamentariern. Anspruch der Müller besteht nur für Grundkontingent. Während Krieg haben von 300 Müllern nur 21 die kriegswirtschaftlichen Vorschriften nicht verletzt.

Herr Etter: Bin für Antrag JuP. Zweck der Kontingentierung ist Sicherstellung der Existenz der Müller. Es ginge zu weit für vergangene Sünden eine Zusatzsanktion auszusprechen.

Herr Petitpierre: Für JuP.

Herr Escher: Wäre weniger positiv bezüglich des Grundsatzes "ne bis in idem". Man hat sich über

die Vorschriften hinweggesetzt. Es ist aber keine Nebenstrafe.

Herr Weber: Es beweist dies nur, dass Kontingentierung nicht mehr am Platz. Verstehe nicht, warum man gezögert hat, Basiskontingente zu erweitern. Entweder Kontingentierung aufheben oder dann anpassen.

Beschluss: Zustimmung zum Antrag JuP.

Militärdepartement	<u>Begnadigungsgesuche Lerch Robert, Schmidt Hermann.</u>
Finanz & Zolldept.	<u>Beförderungen bei der Alkoholverwaltung.</u> <u>Beförderungen bei der Oberzolldirektion.</u>
Volkswirtschaftsdept.	<u>Erneuerung der Personalsperre.</u> <u>Beförderungen bei der Handelsabteilung.</u> <u>Zolltarifexpertenkommission. Kleine Anfrage Bösch.</u>
Post & Eisenbahndept.	<u>Beförderungen bei der Generaldirektion PTT.</u> <u>Aenderung des Wasserrechtsgesetzes.</u>
